

# Anleihebedingungen

der Interlübke Holding GmbH  
c/o Rigeto Unternehmerkapital GmbH, Theatinerstr. 7, 80333 München

WKN A2BN6C / ISIN DE000A2BN6C8

## Präambel

Die Interlübke Holding GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Handelsregisternummer HRB 211934, derzeit geschäftsansässig: Theatinerstr. 7 c/o Rigeto Unternehmerkapital GmbH, 80333 München (nachfolgend auch „**Emittentin**“ genannt) begibt für einen festen Zeitraum von 3 Jahren festverzinsliche Inhaber-Teilschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von mindestens EUR 2.000.000,00 und maximal EUR 3.000.000,00, wobei die Anleihe eingeteilt ist in untereinander gleichberechtigte auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von jeweils EUR 5.000,00. Sollten lediglich Teilschuldverschreibungen zu einem Gesamtnennbetrag von unter EUR 2.000.000,00 gezeichnet werden, wird diese Anleihe vollständig nicht ausgegeben.

Die Anleihe bzw. die einzelnen Teilschuldverschreibungen werden im Rahmen einer Privatplatzierung angeboten. Mangels Erfordernis bei der Emission dieser Anleihe wird kein Prospekt erstellt.

Es ist nicht vorgesehen, die emittierten Anleihen an einer Börse oder sonstigem Handelsplatz zu notieren. Eine Börseneinführung kann aber jederzeit beantragt werden.

## § 1

### Form / Nennbetrag / Zeichnung

- (1) Die Emittentin begibt festverzinsliche Inhaber-Teilschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 3.000.000,00 (in Worten drei Millionen) (nachfolgend auch „**Anleihe**“ genannt). Die Anleihe ist eingeteilt in untereinander gleichberechtigte auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von jeweils EUR 5.000,00 (in Worten fünftausend) (nachfolgend auch „**Teilschuldverschreibungen**“ genannt).
- (2) Die jeweiligen Teilschuldverschreibungen werden ohne Agio ausgegeben; pro Teilschuldverschreibung ist folglich ein Betrag von EUR 5.000,00 (in Worten fünftausend) zu zahlen.
- (3) Die Zeichnung der Teilschuldverschreibungen hat vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen bis zum 29.07.2016 zu erfolgen. Die Zahlung der jeweiligen Nennbeträge pro Teilschuldverschreibung hat vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen bis spätestens zum 29.07.2016 zu erfolgen. Sollte die Zahlung der jeweiligen Nennbeträge pro Teilschuldverschreibung nach dem 29.07.2016 eingehen, sind neben dem Nennbetrag zusätzlich Zinsen



in Höhe von 15,00% p.a. auf den jeweiligen Nennbetrag ab dem 29.07.2016 bis zum tatsächlichen Zahlungseingang geschuldet (wobei die Zinsberechnung nach der deutschen Zinsmethode 30/360 erfolgt).

Sollten bis zum 29.07.2016 noch nicht alle zu zeichnenden Teilschuldverschreibungen gezeichnet sein, so können bis zum 12.08.2016 noch weitere Zeichnungen bis zum Erreichen des maximalen Gesamtnennbetrags in Höhe von EUR 3.000.000,00 erfolgen. Bezüglich dieser etwaigen späteren Zeichnungen gilt, dass neben dem jeweiligen Nennbetrag der Teilschuldverschreibung ebenfalls zusätzlich Zinsen in Höhe von 15,00% p.a. auf den jeweiligen Nennbetrag ab dem 29.07.2016 bis zum tatsächlichen Zahlungseingang geschuldet sind (wobei die Zinsberechnung nach der deutschen Zinsmethode 30/360 erfolgt).

- (4) Die Teilschuldverschreibungen sind in einer Global-Inhaber-Schuldverschreibung ohne Zins-scheine verbrieft, die bei der Clearstream Banking Aktiengesellschaft, Frankfurt a.M., hinterlegt ist; die Clearstream Banking Aktiengesellschaft, Frankfurt, oder ihr Rechtsnachfolger werden nachfolgend auch „**Verwahrer**“ genannt. Das Recht der Inhaber von Teilschuldverschreibungen (nachfolgend auch „**Anleihegläubiger**“ genannt) auf Lieferung von Einzelurkunden ist während der gesamten Laufzeit ausgeschlossen. Den Anleihegläubigern stehen Miteigentumsanteile an der Global-Inhaber-Schuldverschreibung zu, die nach Maßgabe des anwendbaren Rechts und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und Regeln des Verwahrers übertragen werden können. Nach Herstellung der Girosammelverwahrung werden die Teilschuldverschreibungen in das jeweilige Depot der Anleihegläubiger gebucht.
- (5) Bedingung für die Ausgabe dieser Anleihe ist, dass Teilschuldverschreibungen zu einem Gesamtnennbetrag von mindestens EUR 2.000.000,00 platziert werden. Sollte diese Mindestplatzierung bis zum 12.08.2016 nicht erreicht werden, erhalten die Anleihegläubiger ihre eingezahlten Gelder vollständig zurück; in dem Falle werden bereits ausgegebene Teilschuldverschreibungen rückabgewickelt. Es wird klargestellt, dass für den Fall der Rückabwicklung kein Zinsanspruch entsteht.

## § 2

### Laufzeit / Rückzahlung / Rückkauf

- (1) Die Anleihe wird vorbehaltlich § 4 fest für 3 Jahre ausgegeben. Die Laufzeit beginnt mit dem 29.07.2016.
- (2) Die Teilschuldverschreibungen werden am 29.07.2019 (nachfolgend auch „**Endfälligkeitstag**“ genannt) von der Emittentin zum Nennbetrag zurückgezahlt, sofern sie nicht vorher ganz oder teilweise getilgt worden sind. Der Rückzahlungsbetrag in Bezug auf jede Teilschuldverschreibung (nachfolgend auch „**Rückzahlungsbetrag**“ genannt) entspricht dem Nennbetrag der Teilschuldverschreibung.
- (3) Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Teilschuldverschreibungen zu erwerben und wieder zu verkaufen oder erworbene Teilschuldverschreibungen zu entwerten.

## § 3

### Verzinsung

- (1) Die Teilschuldverschreibungen werden ab dem 29.07.2016 (nachfolgend auch „**Valutierungstag**“ genannt) (einschließlich) mit 15% jährlich verzinst, wobei die Zinsberechnung



nach der deutschen Zinsmethode 30/360 erfolgt. Die Zinsen werden jährlich nachträglich am 29.07. zur Zahlung fällig (nachfolgend auch „Zinstermin“ genannt).

- (2) Der Zinslauf der Teilschuldverschreibungen endet mit dem Ablauf des Tages, der dem Tag vorausgeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Dies gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB später als am kalendermäßig bestimmten Endfälligkeitstag bewirkt wird. Falls die Emittentin die Teilschuldverschreibungen bei Endfälligkeit oder, wenn der Endfälligkeitstag kein Bankgeschäftstag ist, am darauf folgenden Bankgeschäftstag nicht oder nicht vollständig einlöst, wird die Emittentin auf den ausstehenden Nennbetrag der Teilschuldverschreibung ab dem Endfälligkeitstermin Verzugszinsen in Höhe des gesetzlich festgelegten Zinssatzes bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung vorangeht, mindestens jedoch in Höhe des Zinssatzes nach § 3 Abs. 1 entrichten. Entsprechendes gilt für die laufenden Zinszahlungen zum jeweiligen Zinstermin. „Bankgeschäftstag“ im Sinne dieser Anleihebedingungen ist jeder Tag, von Montag bis Freitag, an dem Geschäftsbanken in Frankfurt am Main geöffnet haben.

#### **§ 4 Kündigung**

- (1) Der Emittentin ist es gestattet, nach Ablauf einer Mindestlaufzeit von einem Jahr jederzeit die gesamte Anleihe mit einer Frist von mindestens sechs Wochen zum Ende eines Kalenderquartals zu kündigen. Die Kündigung erfolgt durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger. Für die Berechnung der Kündigungsfrist gilt der Tag der Bekanntmachung im Bundesanzeiger.
- (2) Jeder Anleihegläubiger ist berechtigt, seine Teilschuldverschreibungen zu kündigen und deren sofortige Rückzahlung zu ihrem Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen zu verlangen, falls
1. die Emittentin, gleichgültig aus welchen Gründen, Kapital oder Zinsen aus dieser besicherten Anleihe innerhalb von 30 Tagen nach der betreffenden Fälligkeit nicht zahlt;
  2. die Emittentin, gleichgültig aus welchen Gründen, eine sonstige wesentliche Verpflichtung aus den Anleihebedingungen nicht ordnungsgemäß erfüllt und die Nichterfüllung länger als 60 Tage andauert, nachdem die Emittentin hierüber eine schriftliche Mitteilung von einem Anleihegläubiger erhalten hat;
  3. Dritte, die nicht derzeitige Gesellschafter der Emittentin sind, mehr als 50% der Stimmrechte der Emittentin auf sich vereinen (Kontrollwechsel);
  4. ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin von einem Gläubiger bei Gericht eingereicht wird und dieser Antrag nicht binnen 60 Tagen nach Einreichung abgewiesen oder ausgesetzt wurde oder die Emittentin ein solches Verfahren einleitet oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin mangels Masse abgewiesen wird; diese Regelung gilt entsprechend für einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen einer wesentlichen Gesellschaft an der die Emittentin mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist und deren Gesellschafts-Anteile an die Sicherheitentreuhänderin verpfändet sind;
  5. die Emittentin in Liquidation tritt, es sei denn, dass eine solche Liquidation in Zusammenhang mit einer Verschmelzung, Eingliederung oder einer anderen Form des Zusammenschlusses mit einer anderen Gesellschaft erfolgt, diese andere Gesellschaft alle



Verpflichtungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen aus diesen Anleihebedingungen übernimmt und die Garantie der Garanten fortbesteht; diese Regelung gilt entsprechend, wenn ein Garant in Liquidation tritt

6. Sicherheiten nicht entsprechend § 7 i.V.m. mit dem Sicherheitentreuhandvertrag und Sicherheitenvertrag wirksam bestellt wurden und dies nicht innerhalb von 4 Wochen nach schriftlicher Aufforderung der Emittentin nachgeholt wurde.

Das Kündigungsrecht erlischt, falls der Kündigungsgrund vor Ausübung des Rechts weggefallen ist oder geheilt wurde.

Eine Kündigung nach diesem Absatz ist gegenüber der Emittentin schriftlich zu erklären und zusammen mit dem Nachweis in Form einer Bescheinigung der Depotbank oder in einer anderen geeigneten Weise, dass der Kündigende zum Zeitpunkt der Erklärung Anleihegläubiger ist, zu übermitteln. Eine Kündigung wird jeweils mit Zugang bei der Emittentin wirksam.

## **§ 5 Zahlungen**

- (1) Die Emittentin verpflichtet sich unwiderruflich, Zahlungen von Kapital und/oder Zinsen auf die Teilschuldverschreibung bei Fälligkeit in Euro zu leisten.
- (2) Zur Abwicklung der Zahlungen beauftragt die Emittentin die Bankhaus Gebr. Martin AG, Schlossplatz 7, 73033 Göppingen (nachfolgend auch „Zahlstelle“ genannt). Sollten Ereignisse eintreten, die nach Ansicht der Emittentin dazu führen, dass die Bankhaus Gebr. Martin AG nicht in der Lage ist, als Zahlstelle tätig zu sein, so ist die Emittentin berechtigt und verpflichtet, eine andere Bank als Zahlstelle zu benennen und die Stellung als Zahlstelle auf sie zu übertragen. Das gilt auch für den Fall der Kündigung des Zahlstellenvertrages durch eine der Parteien.

Die Bestellung einer anderen Zahlstelle und der Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens werden gemäß § 8 der Anleihebedingungen bekannt gemacht.

Jede der Zahlstellen handelt ausschließlich als Erfüllungsgehilfe der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Anleihegläubigern begründet.

- (3) Die Emittentin verpflichtet sich, alle nach diesen Anleihebedingungen geschuldeten Beträge in Euro spätestens 3 Bankgeschäftstage vor dem jeweiligen Fälligkeitstermin an die Zahlstelle, vorbehaltlich geltender steuerrechtlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften, zu zahlen, ohne dass, abgesehen von der Beachtung anwendbarer gesetzlicher Vorschriften (Steuer-, Devisen- und sonstiger Normen), von den Anleihegläubigern die Abgabe einer gesonderten Erklärung oder die Erfüllung irgendeiner anderen Förmlichkeit verlangt werden darf. Die Zahlstelle leitet die Beträge an den Verwahrer oder nach dessen Weisung zur Gutschrift für die jeweiligen Kontoinhaber weiter. Die Zahlung an den Verwahrer oder nach dessen Weisung befreit die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlung von ihren entsprechenden Verbindlichkeiten aus den Teilschuldverschreibungen.
- (4) Fällt der Fälligkeitstermin einer Zahlung auf die Teilschuldverschreibung auf einen Tag, der kein Bankgeschäftstag ist, so hat der Anleihegläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Bankgeschäftstag. Der Anleihegläubiger ist nicht berechtigt, weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.



## **§ 6 Vorlegungsfrist**

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Absatz 1 Satz 1 BGB für fällige Teilschuldverschreibungen wird auf drei Jahre verkürzt.

## **§ 7 Sicherheiten**

- (1) Zur Absicherung der Ansprüche der die Anleihe zeichnenden Anleger gegen die Emittentin hat diese die Markenrechte an der Marke „Interlübke“ an die DBC Finance GmbH, München, als Sicherheitentreuhänderin (nachfolgend **„Sicherheitentreuhänderin“**) im Rahmen eines **Sicherheitenvertrages** (Anlage 1) sowie **Sicherheitentreuhandvertrages** (Anlage 2) verpfändet. Sofern künftig Gesellschaften an denen die Emittentin mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist, Nutzungsrechte an der Marke „Interlübke“ eingeräumt werden, werden darüber hinaus als Sicherheit die Gesellschaftsanteile an der unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an die Sicherheitentreuhänderin verpfändet. Dies gilt nicht für die Lübke GmbH, mit Sitz in Rheda-Wiedenbrück, an die bereits heute Markenrechte zur Nutzung überlassen sind.

Die Rechte aus dem Sicherheitenvertrag werden ausschließlich von der Sicherheitentreuhänderin für die Anleihegläubiger oder einem von der Sicherheitentreuhänderin zum Handeln für sie oder an ihrer Stelle beauftragten Dritten gehalten und wahrgenommen.

- (2) Solange die Teilschuldverschreibungen ausstehen, hat die Emittentin sicherzustellen, dass eine Sicherheitentreuhänderin nach Maßgabe eines Sicherheitentreuhandvertrages bestellt ist, der im Wesentlichen dem als Anlage 2 beigefügten Sicherheitentreuhandvertrag entspricht.

## **§ 8 Bekanntmachungen**

- (1) Alle die Teilschuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen und Bekanntmachungen werden im Bundesanzeiger veröffentlicht und mit dieser Veröffentlichung den Anleihegläubigern gegenüber wirksam, soweit nicht in der Bekanntmachung ein späterer Wirksamkeitszeitpunkt bestimmt wird. Wenn und soweit zwingende Bestimmungen des geltenden Rechts Veröffentlichungen an anderer Stelle vorsehen, erfolgen diese gegebenenfalls zusätzlich an jeweils vorgeschriebener Stelle.
- (2) Durch die Sicherheitentreuhänderin vorzunehmende Bekanntmachungen werden in einer (oder mehreren) Wirtschafts- oder Tageszeitung(en), die weit verbreitet ist (bzw. sind), veröffentlicht. Eine Mitteilung gilt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Mitteilungen mit dem Tage der ersten Veröffentlichung) als erfolgt.



## **§ 9 Steuern**

Kapital und Zinsen sind ohne Einbehalt oder Abzug durch die Emittentin an der Quelle von oder wegen irgendwelchen gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben, die von oder in der Bundesrepublik Deutschland oder für deren Rechnung oder von oder für Rechnung einer dort zur Steuererhebung ermächtigten Gebietskörperschaft oder Behörde auferlegt, erhoben oder eingezogen werden, zu zahlen, es sei denn, die Emittentin ist zu einem solchen Einbehalt oder Abzug gesetzlich verpflichtet.

## **§ 10 Änderung der Anleihebedingungen / Gemeinsamer Vertreter**

- (1) Die Anleihegläubiger können entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen (Schuldverschreibungsgesetz – "**SchVG**") durch einen Beschluss mit der in Absatz 2 bestimmten Mehrheit über einen im SchVG zu-gelassenen Gegenstand eine Änderung der Anleihebedingungen mit der Emittentin vereinbaren. Die Mehrheitsbeschlüsse der Anleihegläubiger sind für alle Anleihegläubiger gleichermaßen verbindlich. Ein Mehrheitsbeschluss der Anleihegläubiger, der nicht gleiche Bedingungen für alle Anleihegläubiger vorsieht, ist unwirksam, es sei denn, die benachteiligten Anleihegläubiger stimmen ihrer Benachteiligung ausdrücklich zu.
- (2) Die Anleihegläubiger entscheiden mit einer Mehrheit von 75% der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte. Beschlüsse, durch welche der wesentliche Inhalt der Anleihebedingungen nicht geändert wird und die keinen Gegenstand der § 5 Absatz 3, Nr. 1 bis Nr. 9 des SchVG betreffen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer einfachen Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte.
- (3) Alle Abstimmungen werden ausschließlich im Wege der Abstimmung ohne Versammlung durchgeführt. Eine Anleihegläubigerversammlung und eine Übernahme der Kosten für eine solche Versammlung durch die Emittentin findet ausschließlich im Fall des § 18 Absatz 4, Satz 2 SchVG statt.
- (4) Die Abstimmung wird von einem von der Emittentin beauftragten Notar oder, falls der gemeinsame Vertreter zur Abstimmung aufgefordert hat, vom gemeinsamen Vertreter geleitet.
- (5) An Abstimmungen der Anleihegläubiger nimmt jeder Anleihegläubiger nach Maßgabe des Nennwerts oder des rechnerischen Anteils seiner Berechtigung an den ausstehenden Schuldverschreibungen teil.
- (6) Die Anleihegläubiger können durch Mehrheitsbeschluss zur Wahrnehmung ihrer Rechte einen gemeinsamen Vertreter für alle Anleihegläubiger bestellen. Der gemeinsame Vertreter hat die Aufgaben und Befugnisse, welche ihm durch Gesetz oder von den Anleihegläubigern durch Mehrheitsbeschluss eingeräumt wurden. Er hat die Weisungen der Anleihegläubiger zu befolgen. Soweit er zur Geltendmachung von Rechten der Anleihegläubiger ermächtigt ist, sind die einzelnen Anleihegläubiger zur selbständigen Geltendmachung dieser Rechte nicht befugt, es sei denn der Mehrheitsbeschluss sieht dies ausdrücklich vor. Über seine Tätigkeit hat der gemeinsame Vertreter den Anleihegläubigern zu berichten. Für die Abberufung und die sonstigen Rechte und Pflichten des gemeinsamen Vertreters gelten die Vorschriften des SchVG.



- (7) Die vorgenannten Regelungen nach dem SchVG gelten gemäß § 22 SchVG entsprechend für den Sicherheitentreuhandvertrag und die Sicherheitenverträge nach § 7.

## **§ 11 Schlussbestimmungen**

- (1) Anstelle der Pflicht zur Aushändigung der Schuldverschreibung nach § 797 BGB tritt
- (a) die Vorlage eines Depotauszugs, der das mit Miteigentum an der oder den Globalurkunde(n), in der/den die Schuldverschreibungen verbrieft sind, nachzuweisen geeignet ist, sowie
  - (b) ein Auftrag an die depotführende Bank, die diesen Depotauszug ausgestellt hat, in dem Umfang, in dem gezahlt wurde, die entsprechenden Teilschuldverschreibungen frei von Zahlung in ein vom Schuldner zu bestimmendes Depot zu übertragen. Dies gilt jedoch nur, soweit eine Schuldverschreibung jeweils vollständig erfüllt wurde und aus dieser keine Ansprüche mehr bestehen.
- (2) Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchsetzbar sein oder werden, wird die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit aller übrigen Bestimmungen dieser Anleihebedingungen davon nicht berührt. Das Gleiche gilt für den Fall, dass diese Anleihebedingungen unvollständig sein sollten. Die unwirksame, undurchsetzbare oder fehlende Bestimmung ist im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung unter Berücksichtigung der Interessen der Beteiligten sinngemäß auszufüllen.
- (3) Nebenabreden zu diesen Anleihebedingungen bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieser Anleihebedingungen bedürfen der Schriftform. Das gleiche gilt auch für den Verzicht auf das Schriftformerfordernis.
- (4) Form und Inhalt der Teilschuldverschreibungen sowie alle Rechte und Pflichten der Emittentin und der Anleihegläubiger bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (5) Für sämtliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit den Teilschuldverschreibungen wird als Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, München vereinbart.
- (6) Erfüllungsort ist der Sitz der Emittentin.

München, den 6. Juli 2016

Interlübke Holding GmbH



---

Unterschrift

Anlage:

- Verpfändungsvertrag/Sicherheitenvertrag (Anlage 1)
- Sicherheitentreuhandvertrag (Anlage 2)

## ANLAGE 2

### Sicherheitentreuhandvertrag vom 14.06.2016

zu den Anleihebedingungen der  
Interlübke Holding GmbH,  
Theatinerstr. 7, c/o Rigeto Unternehmerkapital GmbH, 80333 München vom 14.06.2016

zwischen

Interlübke Holding GmbH,  
eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Handelsregisternummer  
HRB 211934, geschäftsansässig: Theatinerstr. 7, c/o Rigeto Unternehmerkapital GmbH,  
80333 München, vertreten durch  
Dr. Richard Lenz, ebenda

- nachfolgend auch „**Sicherheitengeberin**“ genannt -

und

DBC Finance GmbH,  
eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Handelsregisternummer  
HRB 210373, geschäftsansässig: Hirtenweg 14, 82031 Grünwald, vertreten durch  
Dr. Jürgen Bauer, ebenda

- nachfolgend auch „**Sicherheitentreuhänderin**“ genannt -

(nachfolgend einzeln auch „**Partei**“ oder zusammen „**die Partelen**“)

#### Präambel

Die Interlübke Holding GmbH, Theatinerstr. 7, c/o Rigeto Unternehmerkapital GmbH, 80333 München (nachstehend auch „**Emittentin**“ genannt) begibt für einen festen Zeitraum, vorbehaltlich vorzeitiger Kündigung, von 3 Jahren festverzinsliche Inhaber-Teilschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von mindestens EUR 2.000.000,00 und maximal EUR 3.000.000,00 (nachstehend „**Anleihe**“ genannt), wobei die Anleihe eingeteilt ist in untereinander gleichberechtigte auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von jeweils EUR 5.000,00 (nachfolgend „**Teilschuldverschreibungen**“ genannt).

Zur Absicherung der Ansprüche der die Anleihe zeichnenden Anleger gegen die Emittentin hat die Interlübke Holding GmbH, Theatinerstr. 7, c/o Rigeto Unternehmerkapital GmbH, 80333 München (nachstehend die „**Sicherheitengeberin**“ genannt) die Markenrechte an der Marke „Interlübke“ aufgrund eines separaten Verpfändungsvertrages über Marken verpfändet (der „**Sicherheitenvertrag**“). Sofern künftig Gesellschaften an denen die Emittentin mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist, Nutzungsrechte an der Marke „Interlübke“ eingeräumt werden, werden darüber hinaus als Sicherheit die Gesellschaftsanteile an der unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an die Sicherheitentreuhänderin verpfändet. Dies gilt nicht für die Lübke GmbH, mit Sitz in Rheda-Wiedenbrück, an die bereits heute Markenrechte zur Nutzung überlassen sind.

Sicherheitentreuhandvertrag  
zwischen Interlübke Holding GmbH  
sowie DBC Finance GmbH





Der Sicherheitenvertrag sowie dieser Sicherheitentreuhandvertrag sind den Anleihebedingungen der Anleihe (nachstehend „**Anleihebedingungen**“ genannt) als Anlagen 1 und 2 angefügt und stellen einen wesentlichen Teil der Anleihebedingungen dar.

Dies vorausgeschickt wird hiermit Folgendes vereinbart:

## **§ 1**

### **Aufgaben der Sicherheitentreuhänderin**

Dieser Vertrag begründet das Recht und die Pflicht der Sicherheitentreuhänderin, die ihr nach diesem Vertrag zugewiesenen Aufgaben wahrzunehmen. Die Sicherheitentreuhänderin ist, soweit sich aus diesem Vertrag nichts anderes ergibt, nicht verpflichtet, die Erfüllung der Zahlungs- oder sonstigen Verpflichtungen der Emittentin zu überwachen oder Aufgaben zu übernehmen, die in den Bereich der Geschäftsführung der Emittentin fallen.

## **§ 2**

### **Stellung der Sicherheitentreuhänderin gegenüber den Inhabern von Teilschuldverschreibungen**

- (1) Die Sicherheitentreuhänderin nimmt die in diesem Vertrag bestimmten Aufgaben treuhänderisch im Interesse aller Anleger wahr, die die in den Anleihebedingungen näher bezeichnete Teilschuldverschreibung gezeichnet haben (nachfolgend auch „**Anleihegläubiger**“ genannt).
- (2) Dieser Vertrag begründet ein Recht der Anleihegläubiger, von der Sicherheitentreuhänderin die Erfüllung der ihr aufgrund dieses Vertrages obliegenden Verpflichtungen zu verlangen (echter Vertrag zugunsten Dritter gemäß § 328 BGB).

## **§ 3**

### **Verpfändung / Abtretung / Treugut / Treuhänderische Verwahrung**

- (1) Die Sicherheitentreuhänderin bestätigt den Empfang des Originals des Sicherheitenvertrags, die in Kopie als Anlage 1 den Anleihebedingungen beigelegt ist, und hat die darin enthaltene Erklärung der Sicherheitengeberin angenommen.
- (2) Die Sicherheitentreuhänderin hält und verwaltet, soweit rechtlich möglich, ausschließlich die Rechte aus und im Zusammenhang mit der Verpfändung aufgrund des Sicherheitenvertrags sowie aus jeder in Zukunft etwa aufgrund weiterer Verpfändungen gewährten Sicherheiten, insbesondere an Geschäftsanteilen, treuhänderisch für die jeweiligen Anleihegläubiger.
- (3) Die Verpfändungen aufgrund des Sicherheitenvertrags sowie weiterer Verpfändungen (nachfolgend auch „**Treugut**“ genannt) dienen ausschließlich zur Sicherung aller Forderungen der Anleihegläubiger gegen die Emittentin aus oder im Zusammenhang mit der Emission der Anleihe sowie zur Sicherung der Ansprüche der Sicherheitentreuhänderin gemäß § 8 sowie der Vergütungsansprüche des Sicherheitentreuhänders nach § 5 Abs. 2.





**§ 4**

**Verwertung des Treuguts**

- (1) Das Treugut wird mit Eintritt des Verwertungsfalles verwertbar. Es steht im freien Ermessen der Sicherheitentreuhänderin, in welcher Reihenfolge sie das Treugut verwertet.
- (2) „**Verwertungsfall**“ im Sinne dieses Vertrages tritt ein, wenn die Sicherheitengeberin mit Zahlungen auf die Ansprüche aus der Anleihe in Verzug ist und – außer in den Fällen des § 4 Abs. 3 – trotz einer nach Eintritt des Verzuges erfolgten schriftlichen Aufforderung durch die Sicherheitentreuhänderin nicht innerhalb von vier (4) Wochen nach Zugang dieser Aufforderung vollständige Zahlung der gegenüber den Anleihegläubigern geschuldeten und fälligen Beträge geleistet hat.
- (3) Eine Fristsetzung nach Abs. 2 ist nicht erforderlich, wenn über das Vermögen der Emittentin bereits ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wurde.

**§ 5**

**Vergütung und Aufwendungen;  
Geltendmachung durch Anleihegläubiger**

- (1) Die Emittentin schuldet der Sicherheitentreuhänderin für ihre (Verwaltungs-) Tätigkeit eine Vergütung von EUR 3.000,00 zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer pro Jahr. Diese Vergütung ist im Voraus zahlbar jeweils am 29.07. eines Jahres für das künftige Jahr der Anleihe.
- (2) Die – der Sicherheitentreuhänderin durch die Verwertung entstehenden – Mehraufwendungen werden ihr durch die Emittentin nach Rechnungstellung binnen 2 Wochen im üblichen Umfang vergütet.
- (3) Etwaige, für die Sicherheitentreuhandstellung erforderliche, Aufwendungen für Dritte (Fremdkosten) werden der Sicherheitentreuhänderin von der Emittentin nach Rechnungstellung samt Nachweis binnen 2 Wochen ersetzt.
- (4) Soweit die Sicherheitentreuhänderin aus der Verwertung des Treuguts Vermögenswerte erlangt, ist die Sicherheitentreuhänderin berechtigt, Ansprüche gemäß diesem § 5 vorab hieraus zu befriedigen.
- (5) Soweit die Sicherheitentreuhänderin berechnete Zweifel hat, dass sie die durch die Verwertung entstehenden Mehraufwendungen und Fremdkosten von der Emittentin nicht erstattet bekommt und diese Mehraufwendungen und Fremdkosten auch nicht aus dem Verwertungserlös des gesamten Treuguts gedeckt werden können, ist sie zur Verwertung des Treuguts nicht verpflichtet. Die Sicherheitentreuhänderin informiert die Anleihegläubiger unverzüglich über einen solchen drohenden Sicherheitsausfall entsprechend den Anforderungen an eine Bekanntmachung nach Maßgabe der Anleihebedingungen.

In diesem Fall ist jeder Anleihegläubiger berechtigt, wahlweise (i) durch schriftliche Erklärung der Übernahme der anfallenden Mehraufwendungen und Fremdkosten die Sicherheitentreuhänderin zur Verwertung anzuhalten oder (ii) aufgrund der auf ihn entfallende (Teil-) Forderung aus dem Treugut selbst zu verwerten. Die Sicherheitentreuhänderin ist in letzterem Fall (ii) verpflichtet, etwaige Mitwirkungshandlungen vorzunehmen, soweit diese für die Geltendmachung der Ansprüche durch die Anleihegläubiger notwendige Voraussetzung sind.

**§ 6**

Sicherheitentreuhandvertrag  
zwischen Interlübke Holding GmbH  
sowie DBC Finance GmbH





### **Beendigung des Amtes der Sicherheitentreuhänderin / Nachfolge**

- (1) Die Sicherheitentreuhänderin ist jederzeit berechtigt, ihr Amt als Sicherheitentreuhänderin aus wichtigem Grund niederzulegen, sofern sie zugleich oder zuvor ein Kredit-, Finanzdienstleistungsinstitut oder eine deutsche Wirtschaftsprüfungs- und/oder Treuhandgesellschaft im Namen der Sicherheitengeberin als Nachfolgerin bestellt (die „**Nachfolgetreuhänderin**“), die in die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag eintritt.
- (2) Unbeschadet der Verpflichtung der Sicherheitentreuhänderin zur Bestellung einer Nachfolgetreuhänderin gemäß § 6 Abs. 1 ist die Sicherheitengeberin berechtigt, diese Bestellung an Stelle der Sicherheitentreuhänderin vorzunehmen. Die Sicherheitentreuhänderin ist in diesem Fall verpflichtet, ihre sämtlichen Ansprüche aus der Parallelschuld gemäß § 8 an die Nachfolgetreuhänderin abzutreten und die Übertragung der Verpfändungen an die neue Sicherheitentreuhänderin soweit möglich sicherzustellen.
- (3) Die Bestellung der Nachfolgetreuhänderin ist unverzüglich durch die Sicherheitengeberin entsprechend den Anforderungen an eine Bekanntmachung nach Maßgabe der Anleihebedingungen bekanntzumachen.

### **§ 7**

#### **Laufzeit, Kündigung und Ersetzung der Sicherheitentreuhänderin**

- (1) Dieser Sicherheitentreuhandvertrag endet erst nach vollständiger Abwicklung aller Ansprüche im Zusammenhang mit den begebenen Teilschuldverschreibungen.
- (2) Während der Dauer des Sicherheitentreuhandvertrages ist eine ordentliche Kündigung durch beide Parteien dieses Vertrages ausgeschlossen. Das Recht zu einer außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Die Funktion als Sicherheitentreuhänderin endet allerdings erst, wenn eine neue Sicherheitentreuhänderin bestellt wurde und die Übertragungen entsprechend § 6 Abs. 2 erfolgt sind.
- (3) Steht der Sicherheitengeberin gemäß vorstehendem Absatz 2 ein Recht zur außerordentlichen Kündigung zu, berechtigt dies zugleich zur Ersetzung der Sicherheitentreuhänderin. § 6 Abs. 2 gilt entsprechend.

### **§ 8**

#### **Parallelschuld**

- (1) Die Sicherheitengeberin verpflichtet sich im Wege eines abstrakten Schuldversprechens der Sicherheitentreuhänderin (d.h. dem jetzigen und ggf. künftig gemäß Ziffer 6.1 neu bestellten Nachfolger) als eigenständigen Gläubiger und nicht als Vertreter der Anleihegläubiger einen Geldbetrag in Höhe des jeweiligen Gesamtbetrages der ausstehenden Forderungen der Anleihegläubiger entsprechend den Anleihebedingungen (insbesondere Kapital und Zinsen) zu zahlen (die „**Parallelverpflichtung**“).
- (2) Die Sicherheitentreuhänderin ist gegenüber der Sicherheitengeberin berechtigt, unabhängig von den Rechten der Anleihegläubiger aus den Schuldverschreibungen Leistung aus der Parallelverpflichtung zu verlangen. Sie verpflichtet sich jedoch, ihre Forderungen aus der Parallelverpflichtung nur geltend zu machen, soweit die Forderungen aus den Schuldverschreibungen fällig sind.





- (3) Die Parteien dieses Sicherheitentreuhandvertrages sind sich darüber einig, dass die Sicherheitengeberin nicht mehrfach in Anspruch genommen werden darf. Die Anleihegläubiger verpflichten sich daher die Emittentin nicht aus den Schuldverschreibungen in Anspruch zu nehmen, soweit die Sicherheitentreuhanderin die Emittentin bereits aus der Parallelverpflichtung in Anspruch genommen hat. Die Sicherheitentreuhanderin verpflichtet sich, ihre Forderungen aus der Parallelverpflichtung gemäß Abs. 1 in dem Maße nicht geltend zu machen, wie die fälligen Forderungen der Anleihegläubiger nachweislich durch die Emittentin erfüllt wurden.
- (4) Die Verpflichtung der Emittentin, Zahlungen unter den Anleihebedingungen zu leisten, bleibt von den Ansprüchen des Treuhänders aus der Parallelverpflichtung unberührt.

## **§ 9 Freigabe**

Nach vollständiger und endgültiger Befriedigung der gesicherten Ansprüche hat die Sicherheitentreuhanderin der Sicherungsgeberin auf deren Verlangen hin eine schriftliche Bestätigung zu erteilen, dass die zur Sicherung der Parallelschuld und der Ansprüche der Anleihegläubiger jetzt und in Zukunft bestellten Sicherheiten sich erledigt haben, und insbesondere die verpfändeten Vertragsmarken, Anwaltschaftsrechte und Forderungen sowie sonstigen Ansprüche und sonstig bestellte Sicherheiten freigegeben sind.

## **§ 10 Schlussbestimmungen**

- (1) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchsetzbar sein oder werden, wird die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit aller übrigen Bestimmungen dieses Vertrages davon nicht berührt. Das Gleiche gilt für den Fall, dass dieser Vertrag unvollständig sein sollte. Die unwirksame, undurchsetzbare oder fehlende Bestimmung ist als durch diejenige wirksame und durchsetzbare ersetzt oder ergänzt anzusehen, die dem von den Vertragsparteien mit der unwirksamen oder undurchsetzbaren Bestimmung verfolgten wirtschaftlichen Zweck am nächsten kommt.
- (2) Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für den Verzicht auf das Schriftformerfordernis.
- (3) Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Für sämtliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird als Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, München vereinbart.

München, den 6. Juli 2016



---

Interlübke Holding GmbH  
(Sicherheitengeberin)

Grünwald, den 18.7.2016



---

DBC Finance GmbH  
(Sicherheitentreuhanderin)